

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Dienstag, den 16. Februar 1886.

Nr. 77.

Deutschland.

Berlin, 15. Februar. Die der Vorlage betreffend die Verlängerung des Sozialistengesetzes begeigende Begründung entspricht im Wesentlichen den Andeutungen, die in dieser Beziehung von der offiziösen Presse gemacht sind. Es wird in Betracht der Wirklichkeit des Gesetzes bemerkt, daß, was die sozialdemokratische Bewegung an Breite gewonnen, sie an Stärke und revolutionärer Energie eingebüßt habe, und daß die großen Massen der hinter den sozialdemokratischen Abgeordneten stehenden Wähler begännen, die ernsthafte Bedeutung ihrer Vertreter an den Aufgaben der gesetzgeberischen Lösung der sozialpolitischen Fragen der Gegenwart zu verlangen. An der Behauptung ist etwas Richtiges. Der Bittschriftensturm zu Gunsten des Arbeiterschutzgesetzes befundet unzweifelhaft den Wunsch der Massen, endlich auch einmal etwas Positives zu sehen, und er hat sich vor Allem auf die Verwirklichung der Forderungen gelehrt, die nach dem Streit innerhalb der sozialdemokratischen Reichstagspartei zu schließen, mehr als Röder für die Massen in das sogenannte Arbeiterschutzrecht eingereicht waren. Es ist auch weiter eine Thatsache, daß in dem sozialistischen Nachwuchs, der zunächst seine Kraft darauf verwendet hat, den Arbeitern in den städtischen Versammlungen eine Stellung zu verschaffen, ein mehr auf das Praktische gerichteter Zug zu verspüren ist. Und wer weiß, ob diese Bewegung nicht noch größere Bedeutung erlangt haben würde, wenn nicht die Reichsregierung selbst durch gesetzgeberische Pläne, wie jetzt erst wieder durch das Braunturmonopol, in den Massen der Glauben weckt hätte, daß sie, die bereits die Expropriation eines und des anderen Privat-Erwerbszweiges in Aussicht nimmt, sich über lang oder kurz auch zu dem ganzen Programm der Sozialdemokratie befehligen werde. So wie die Dinge liegen, kann die Vorlage allerdings behaupten, daß die Sachlage seit dem 30. September 1884 unverändert geblieben und daß darum eine dritte Verlängerung des Sozialistengesetzes, und zwar um fünf Jahre, notwendig sei. Für die Thatsache, daß diesmal die weitere Ausdehnung des Gesetzes für einen so langen Zeitraum gefordert wird, wird ein Grund überhaupt nicht angegeben. Das darf billiger Weise Wunder nehmen. Im Jahre 1884 führte man für die Forderung einer Verlängerung des Gesetzes um nur zwei Jahre ausdrücklich als Grund an, daß man durch die kürzere Frist die Freunde der Vorlage vermehren wolle. Inzwischen hohen dieselben durch die Wahlen sicher

leinen Zuwachs erhalten. Nun hat es früher geheißen, daß die längere Frist nur gewählt sei, um einen passenden Vorwand für die Auslösung des Reichstags zu finden, und in dem Satze der Begründung, daß „die überwiegende Mehrheit der Nation an dem Glauben von den erspriesslichen Wirkungen des Sozialistengesetzes festhalte“, will man jetzt den Beweis dafür finden, daß in der That für den Fall einer Ablehnung der geforderten Verlängerung des Gesetzes um fünf Jahre ein Appell an die Wähler bereits in Erwägung gezo gen sei. Uns will diese Deutung nicht zutreffend erscheinen. In diesem Augenblick, wo die Nachrichten über Arbeiterunruhen in England sich immer bedrohlicher gestalten, würde die Mehrheit unseres Volkes, vor die Frage gestellt, ob es ein Gesetz, das ihm wenigstens Tumulte dieser Art erspart, haben wolle oder nicht, unzweifelhaft mit „Ja“ antworten. Aber die Mehrheit unseres Volkes hält sich auch davon überzeugt, daß mit diesem Gesetze so außerordentliche Vollmachten in die Hand der Regierung gelegt worden sind, daß eine raschere, in kürzeren Intervallen sich wiederholende Prüfung durch die Vertretung des Volkes, ob eine weitere Verlängerung des Ausnahmestandes notwendig sei, unbedingt erforderlich ist. Unzweifelhaft ist für die längere Zeit diesmal ein taktischer Grund maßgebend gewesen. Die Entscheidung über das Schicksal des Gesetzes liegt bekanntlich in der Hand des Zentrums, in dem die Zahl der stillen Anhänger desselben mit den Jahren zugenommen hat. Offenbar will man ihnen diesmal die Zustimmung erleichtern, indem man ihnen die Möglichkeit giebt, durch Beantragung einer kürzeren Frist — die übrigens wohl noch von anderen Seiten vorgeschlagen werden wird — der Regierung ein Zugeständnis abzuringen. Denn darüber kann wohl kein Zweifel bestehen, daß die Reichsregierung sich schließlich auch mit einer Verlängerung des Gesetzes vielleicht um zwei Jahre zufrieden geben wird.

— Das Feld, auf welchem sich die serbisch-bulgarischen Friedens-Verhandlungen zu bewegen haben, ist bekanntlich durch die Intervention der Mächte auf das denkbar engste Gebiet eingeschränkt; trotzdem rücken die Verhandlungen nur sehr langsam vom Flecke. Am 11. d. Ms. hat die eigentliche Friedensarbeit begonnen und noch ist nichts als der erste, einleitende Artikel zu Stande gekommen. In unterrichteten Kreisen der rumänischen Hauptstadt verlautet, nach der am Donnerstag erfolgten Annahme des Eingangsartikels, wonach zwischen Serbien und Bulgarien

definitiver Frieden wiederhergestellt werden solle, habe der serbische Delegirte Mijatovich Madjid Pascha und Geschw. aufgefordert, ihre Vorschläge betreffs des zweiten Artikels betreffend die Festsetzung der Grenze schriftlich zu formelliren, letztere hätten aber gebeten, zunächst an die Pforte referieren zu dürfen, um deren Zustimmung zu mehren an dem ursprünglichen Entwurf von ihnen vorgenommenen Änderungen einzuholen und Madjid Pascha habe sich zu dem Ende als bald telegraphisch mit der Pforte in Verbindung gesetzt.

Inzwischen rückt der 1. März, d. h. das Ende des Waffenstillstandes immer näher, und von beiden Seiten wird die Eventualität einer Wiederaufnahme des Kampfes in's Auge gesetzt. Insbesondere Serbien betrifft seine Rüstungen sehr eifrig, und in Folge dessen steht abermals eine Intervention der Mächte, welche von einem Wiederbeginn des Krieges unter keinen Umständen wissen wollen, bevor. Wie aus Belgrad unter dem gestrigen Datum gemeldet wird, hat der russische Gesandte Instruktionen empfangen, im Einvernehmen mit den Vertretern der anderen Mächte energische Vorstellungen wegen der serbischen Rüstungen zu erheben.

Auch die aus dem türkisch-bulgarischen Abkommen entstandenen anderweitigen Schwierigkeiten sind noch nicht gehoben. Vor gestern hat laut Melung aus Konstantinopel die Pforte ein Rundschreiben an die Großmächte gerichtet, in welchem sie die Einwendungen Russlands gegen das türkisch-bulgarische Vereinkommen widerlegt und ausführt, daß die Bestimmungen desselben dem Berliner Vertrage nicht widersprechen. Auch wird gleichzeitig das ernste Streben der Pforte betont, diesem Vertrage stets treu zu bleiben.

— Die Weissagung des Papstes Pius IX. von dem Steinchen, das sich vom Berge, d. h. vom Felsen Petri abscheiden und herabrollen wird, um das Bild Nebukadnezar's mit seinen thönernen Füßen zu zerstören, spukt noch immer in ultramontanen Kundgebungen nach. So heißt es in einer Zustimmungsadresse, welche die Bischöfer 17 australischen Diözesen auf der ersten australischen Gesamtversammlung an die deutschen Bischöfe gerichtet haben, wörtlich: „Ihr seid ein Vorbild geworden allen Gläubigen; von Euch aus ist das Wort des Herrn nicht nur in Deutschland ersungen, sondern an jeden Ort dringt Euer Glaube, der sich auf Gott stützt, und wer möchte am Siege zweifeln, dessen sichere Unterpfänder Ihr schon bestätigt.“ — Die Macht dieser Welt mag

erscheinen wie ein furchtbares Schreibild; aber das Steinchen aus der Schleuder Davids, der im Namen Gottes kommt, besiegt den Goliath, der die Kraft Gottes verachtet, und der Stein vom Berge zerstört das Bild Nebukadnezar's, welches bis zum Himmel zu ragen schien.“ Wer in diesem Schreiben der australischen Bischöfe mit Goliath und welches Reich mit dem Bild Nebukadnezar's gemeint ist, kann nach dem gesammten Inhalt und Ton der Adresse keinem Zweifel unterliegen.

— Aus unterrichteter Quelle verlautet, daß die Erklärung, welche der Finanzminister v. Scholz gegen den Abg. v. Kardorff, bezüglich der Währungsfrage im Reichstage abgegeben hat, im ausdrücklichen Einverständniß mit dem Fürsten Bismarck erfolgt ist. Es werden damit alle Gerüchte zerstreut, welche aus jener Erklärung eine Erhöhung der Steuerung des Finanzministers v. Scholz herleiten wollten.

— Die Berathungen der Kommission für den Befähigungsnachweis (Antrag Ackermann und Genossen) nahmen heute einen überraschenden Verlauf. Je nachdem die Majorität oder Minorität durch die Ankunft eines Mitgliedes verstärkt wurde, wurde die Notwendigkeit des Befähigungsnachweises für die einzelnen Handwerke angenommen oder abgelehnt.

Angenommen wurden zunächst der Befähigungsnachweis für die Konditoren, Pfannenflicker und Lebkücher, Drechsler, Färber, Feilenhauer, Friseure und Perrückenmacher. Dann trat aber ein Umschlag ein, und wurde mit 12 Stimmen der Befähigungsnachweis für die Gelb- und Rothäger, Zinn-, Zink- und Metallgießer, Gerber, Glaser, Glasschleifer, Glodengießer, Gold-, Silber- und Juwelinarbeiter, Gold- und Silberschläger, Graveure, Gürtler, Brongearbeiter, Handschuhmacher und Beutler (Säcker), Hutmacher, Kammacher, Klempner (Spengler), Korbmacher, Kürschner, Kupferschmiede, Lackierer, Lithographen, Maler und Anstreicher, Maurer, Mechaniker, Optiker, Messer- und Zeugschmiede, Fleischer (Messer), Müller, Mühlenbauer, Nadler, Siebmacher, Filigran-Arbeiter, Nagelschmiede, Posamentierer, Knopfmacher, Sonn- und Regenschirmmacher, Sattler, Niemer und Tischner, Schiefer- und Ziegeldecker, Schleifer und Schlosser abgelehnt. Dicht aber erholt durch das Einschreiten des Abg. Trimborn die Partei des Befähigungsnachweises wieder die Majorität, und wurde derselbe vorgeschrieben für Schmiede, Schneider, Tischler (Schreiner), Stuhlmacher, Töpfer (Häfner), Schornsteinfeger, Schuhmacher, Schiffbauer, Seifensieder (Kerzen-

mit Tötung des ganzen Menschen sein; und die Mundhöhle, mit allem, was darin ist, muß sich solch unbarmherziges Verbrühen, nur weil es einmal zur Küchenmode, zur Küchenhygiene der Hausfrau gehört, gefallen lassen.

Wie pedantisch läßt der Kurbadende mit dem Thermometer sich die 25 oder 28 Grad C. seines Hauptbades abmessen! Wie würde er, und zwar mit Recht, schimpfen, wenn der Badedienner ihm das Bannbad auf 50 Grad C. erhitze! Und dieser nämliche Badegast badet tagtäglich beim Mittagsmahl Mund und Magen mit einer Brühe und mit Broden von 60 Grad und noch darüber und denkt sich nichts und fürchtet nichts dabei. Den Köchinnen diese ihre Heißblütigkeit im Aufstellen der Mahlzeiten abzugehn, ist der Zweck des gegenwärtigen Winkes.

Es ist gar lustig anzuschauen, wie an einer Mittagstafel Jeder bei den ersten Löffeln Suppe, die er zum Munde führt, seine besonderen Grimassen schneidet; unbewußt runzelt er die Stirn und verzichtet alle Wangen- und Kinnmuskeln. Ich habe mir manchmal photographische Aufnahmen einer Küchenplage, des Feueressens, ist das moderne allgemeine Zahnselbst mit all seinen gesundheitsgefährlichen Folgen. Das Heil der Zahnpfleger stützt sein Dasein in erster Reihe auf den Anfang der Köchinnen, Suppe und Trank in einer Temperatur von 50/70 Grad C. aufzutischen. Man sucht noch immer nach einer Erklärung, warum die Zähne des Oberkiefers in der Regel früher zu Grunde gehen, als die des Unterkiefers; man vermutet die Ursache u. A. in den chemischen Eigenschaften, namentlich in der schützenden Beschaffenheit des mehr im Unterkieferbeden sich aufhaltenden Speichels. Aber wir brauchen nur einen frisch geschuppten heißen Bissen in der

oder denn doch stark machen wollen? Und doch trug diese nämliche Frau, die also des Viehs sich erbarmte, den Throgen in der nämlichen Minute das Kohlgemüse glühend heiß in großen Schüsseln vom Herde unmittelbar auf den Tisch.

Die vor Hunger ungeduldig Harrenden führten vor meinen Augen jenes interessante Grimassenpiel der Feuerprobe auf, an dessen Anblick ich mich schon so häufig ergötzt habe. Jung und Alt spießen über dem heißen Löffel den Mund; es ist ein allseitiges Blasen und Schnüffeln und Schlürfen am Löffelrande, ein Säuseln und Klöppeln am Tisch, als obs einem Strafessen gelte. Es ist gerade, als ob uns Menschen aufgegeben wäre, bei jeder Mahlzeit durch Junge und Geiß ganz genau den Verbrennungspunkt der Schleimhaut und die Sprengtemperatur für den Zahnschmelz am Lebenden zu ermitteln, so gewissenhaft befürchtet sich Jeder, die ersten Bissen so heiß wie nur immer möglich dem Mundboden aufzuladen und hier sie zwischen den Kiefern und den oberen Zähnen tanzen zu lassen.

Die nächste unmittelbare Wirkung dieser abschrecklichen Küchenplage, des Feueressens, ist das moderne allgemeine Zahnselbst mit all seinen gesundheitsgefährlichen Folgen. Das Heil der Zahnpfleger stützt sein Dasein in erster Reihe auf den Anfang der Köchinnen, Suppe und Trank in einer Temperatur von 50/70 Grad C. aufzutischen. Man sucht noch immer nach einer Erklärung, warum die Zähne des Oberkiefers in der Regel früher zu Grunde gehen, als die des Unterkiefers; man vermutet die Ursache u. A. in den chemischen Eigenschaften, namentlich in der schützenden Beschaffenheit des mehr im Unterkieferbeden sich aufhaltenden Speichels. Aber wir brauchen nur einen frisch geschuppten heißen Bissen in der

Mundhöhle zu verfolgen, um gleich einzusehen, daß die Zerstörung des Zahnschmelzes hauptsächlich am Oberkiefer ein mechanischer Sprengvorgang ist, hervorgebracht durch unnatürliche Temperatur-Gegensätze innerhalb der Mundhöhle.

Der heiße Bissen wird zunächst auf dem Zungenrücken durch ein unwillkürliches Schnalzen und Zittern der Zungenmuskeln, welche hierin mit der Zeit eine unglaubliche Fertigkeit erlangen, hin- und hergeworfen, an den Zähnen des Oberkiefers an und ab. Die nächste Folge ist, daß die oberen Zähne die ersten sind, welche zerklüftet werden, und zwar an ihren inneren, der Mundhöhle zugewandten Kanten. Gleich wie in Glasbütteln schon eine punktförmige, leise Verlührung eines Glaszyinders mit dem Sprengbolzen im Nu die ganze Walze spaltet, gerade so muß die heiße Kost einer unverträglichen Hausfrau schon durch vorübergehende Verlührung der Zahnoberfläche den Zahnschmelz immer mehr zerklüftet und für das Eindringen und Nachdringen schmelzfeindlicher Flüssigkeiten, wie Zucker, Säuren u. c. aufschließen. Aus diesen Andeutungen über Gesundheitsverwüstungen, welche durch heiße Getränke und Speisen angerichtet werden, ziehen wir die Lehre: schenken wir unseren Hausfrauen oder Köchinnen, wenn wir sie anders nicht von der heißen Kost abbringen können, für die Küche ein Suppen- oder Kaffeethermometer, damit sie die Speisen und Getränke, ehe sie auf den Tisch kommen, auf den zuträglichen Wärmegrad abstimmen. Steinart gewordene Menschen pflegen zu behaupten, daß sie nie im Leben heiß gegessen und getrunken haben.

(M. Lgb.)

Feuilleton.

Die Schädlichkeit heißer Speisen.

Über die Schädlichkeit des Genusses heißer Speisen und Getränke veröffentlicht Dr. Glaser im „Journal für öffentliche Gesundheitspflege“ einen Aufsatz, der viel Beherzigenswertes enthält. Es ist nicht zu glauben, wie hartnäckig Hausfrau und Köchin gerade an dem Unfuge, die Erzeugnisse des hässlichen Herdes nur in heißem Zustande kauen und verschlingen zu lassen, mehr als an allen übrigen Küchenkümmern festhalten, das Aufstellen der Speisen in Halbglut ist zu einem Küchenlaster geworden. In diesem Punkte ist mir noch niemand nirgends, selbst in meiner eigenen Familie nicht, gelungen, ein erträgliches Überkommen zwischen Hausfrau und Tischgesellschaft zu Stande zu bringen. Einmal, als mirs zu bunt wurde und Suppe und Kaffee immer wieder freischend vor Glut auf den gedekten Tisch gebracht wurden, nahm ich das Thermometer von der Wand und versenkte es zum Schred der Hausfrau in die volle Suppenschüssel. Das half. — Das Thermometer zeigte 70 Grad C. —, 32 mehr als die Blutwärme. Eine Brühe von 70 Grad C., welche man sich ungestraft nicht über die Zunge gleichen kann, eine solche Glühbrühe sich auf die Zähne und Zunge wie in einem Abklopfen zu gleichen — daß so etwas Thierquälerei sei, müßte eigentlich jeder einsehen und doch leuchtet es fast Niemandem ein. Einen minder empfindlichen Körpertheil als die Mundschleimhaut und den Zahnschmelz, nämlich die äußere Haut, in einem Badewasser von ähnlich hoher Temperatur zu baden, das würde gleichbedeutend

zicher), wobei auf Antrag Haberland mit Unterstützung der Gegner auch die Wachszucker eingeschlossen wurden; ferner Seiler, Steinmeier, Studateure, Tapetizerer (Decoratoren), Tuchmacher, Tuchseherer, Uhrmacher, Wagner (Rad- und Stellmacher), Weber und Wirkler, Zimmerleute. — Waffenschmiede und Sporer wurden weg gelassen, weil sie unter die Schmiede fallen, ferner die Bergolder als zu den Malern gehörig. Nach diesen Anstrengungen vertagte sich die Kommission.

Es verlautet nunmehr, so wird von gestern Abend aus London berichtet, daß die gerichtlichen Vorladungen, welche mit Bezug auf die tumultuarischen Vorgänge am letzten Montag erlassen worden sind, sich wirklich auf die Sozialisten Hyndman, Champion, Burns und Williams wegen ihrer auf dem Trafalgarplatz gehaltenen aufrührerischen Reden beziehen sollen. Die Vertreter der sozialdemokratischen Föderation haben übrigens Gladstone gestern in einem Schreiben angezeigt, daß sie am nächsten Sonntag ein Massen-Meeting im Hydepark veranstalten würden, um eine Aufforderung zur Ergreifung von Abhülfemassregeln gegen den unter der arbeitslosen Bevölkerung herrschenden Notstand an die Regierung zu richten.

Das neue englische Kabinett tritt heute zum ersten Male zu einer Berathung zusammen.

Die Wiederwahl Mr. John Morley's, des neuen Ober-Sekretärs für Irland, welcher die Konservativen Widerstand zu leisten versuchten, erfolgte mit 11110 Stimmen gegen 8449, welche der konservative Kandidat erhielt. Bei den Novemberwahlen hatte Morley mit nur 629 Stimmen Mehrheit gesiegt. Der Zuwachs von 2032 Stimmen, welchen er diesmal erhielt, ist hauptsächlich dem Umstehen zuzuschreiben, daß Barnell die irischen Wähler angewiesen hatte, für Morley zu stimmen.

Über die griechischen Rüstungen wird aus Athen geschrieben:

Die griechischen Rüstungen haben seit der bekannten Kundgebung Lord Salisbury's eher ein beschleunigtes Tempo angenommen. Wiewohl sich die Sympathien der Bevölkerung im Allgemeinen bisher mehr der Landarmee zugewendet hatten, ist doch in neuester Zeit in dieser Richtung insoffern ein Umschwung eingetreten, als man nun der Marine eine erhöhte Aufmerksamkeit schenkt. Zur Ausrüstung der Marine nach dem neuesten Stande der Wissenschaft werden keine Kosten gescheut, und es ist wirklich ein Wunder, was die Marinewaltung bei den verhältnismäßig geringen Krediten, die ihr zur Verfügung gestellt wurden, zu leisten weiß. Vor vier Tagen ist das englische Schiff "Toledo" mit dem ersten von der Marinewaltung angekauften unterseeischen Booten nach dem Systeme Nordenfeldt in Salamina eingetroffen. Eine eigens zu diesem Zwecke eingesetzte fachmännische Kommission wird die Brauchbarkeit dieser Boote zu prüfen haben, und von dem Resultat dieser Versuche wird es abhängen, ob die Regierung eine größere Zahl von Booten dieser Art bestellen wird, über deren Verwendbarkeit im Seekriege nach den Darstellungen des Erfinders, der sich selbst nach Athen bemüht hatte, die denkbaren günstigsten Erwartungen gehegt werden. Von den auf den deutschen Werften in Kiel erbauten sechs Torpedobooten sind zwei bereits hier angekommen, während die vier übrigen, auf der Reise hierher begriffen, den Hafen von Gibraltar vor einigen Tagen passiert haben. Die bei Salamis, beim Piräus und bei Volo aufgefahrene Küstbefestigungen sind bereits vollendet, und ist man eben daran, die Geschüze in dieselben einzuführen. Die Legung von Torpedos an gewissen Punkten ist ebenfalls schon vollzogen.

Die "Germania" muß eines sehr starken Rückhalts gewiß sein, wenn sie gegen den bisherigen Führer der ultramontanen Partei in Baden peremptorisch erklärt:

Herr Lender wird seine in der Leidenschaft

gesprochenen Worte, die er schon thellweise widerufen hat, entweder noch ganz widerrufen, oder er muß sie für diejenigen Blätter, für welche er sie aufzert, aufzuweisen. Das verlangt einmütig die katholische öffentliche Meinung und Herr Lender selbst wird in ruhiger Stunde die volle Richtigkeit dieses Verlangens einsehen und ihm nachkommen. Sonst würde auch eine öffentliche Wirksamkeit seinerseits fernerhin unmöglich sein, in allen katholischen Verhältnissen, und auch diejenigen Herren Abgeordneten, welche in Baden noch die Führung des Herrn Lender anerkennen, würden dazu nicht mehr im Stande sein, wenn Herr Lender die Anforderungen der Sittlichkeit, der Ehre und des Anstandes außer Acht läßt.

Die literarische Presse war bisher über das Sozialistengesetz, dessen erste Lesung am Donnerstag stattfinden soll und zunächst jedenfalls zur Beweisung an eine Kommission führen wird, ganz schweigsam. Heute finden sich in ihr einige Andeutungen, welche die Ansicht unterstützen, daß das Gesetz mit Hilfe des Zentrums verlängert werden wird. Der "Westfäl. Merk.", welcher seine Partei im Hinblick auf die Vorgänge in Baden dringend zur Einigkeit betreßt der Kirchenpolitik ermahnt, nennt unter den Fragen, in denen man den Verteilungsgliedern Freiheit des Volks gestatten könne, neben dem Bimetallismus das Sozialistengesetz. Die "Köln. Volkszeitung" läßt es dahingestellt, ob und auf wie lange das Gesetz diesmal verlängert wird, bemerkt aber am Schlusse einer Erinnerung an die früheren Abstimmungen:

Nach den Erfahrungen der Geschichte und nach der ganzen Lage der Dinge in den europäi-

schen Kulturstaten ist aber leider die Besichtigung nicht ungerechtfertigt, daß es schließlich zu einem gewaltigen Zusammenstoß mit der Sozial-Demokratie kommen könnte."

Bon dieser Besichtigung bis zur Zustimmung zur Verlängerung des Gesetzes dürfte es nicht weit sein.

In dem oben erwähnten Artikel des "Westfäl. Merk.", in welchem die Abstimmung über das Sozialistengesetz freigegeben wird, heißt es: "die kirchenpolitische Mäßigung, das ist der Feind." Auf das dringendste wird vor der Besichtigung des in Baden gegebenen Beispiels gewarnt. Inzwischen kommen aber von dort neue Meldungen vom Vorgehen des "Feindes". Eines der Mitglieder der dortigen katholischen Fraktion, der Abg. Landau hat in einer öffentlichen Versammlung die Haltung von Lender und Genossen nachdrücklich vertheidigt. Der badische, zum Zentrum des Reichstags gehörige Abg. Marbe vertheidigt sich öffentlich gegen die laut gewordene Behauptung, daß er ein Gegner Lenders sei.

Ausland.

London, 12. Februar. Sir Charles Dilke ist mit einem blauen Auge aus der gegen ihn angestrebten Anklage davongekommen. Er sowohl als der Kläger Donald Crawford erschienen persönlich im Zentralgerichtshofe von Fleet Street, vor dessen Thoren sich felsverstärkt eine große Menge eingefunden. Die Anklage beruhte ausschließlich auf den Geständnissen, welche Frau Crawford ihrem Manne gemacht, alle Belastzeugen waren verschwunden, und da Frau Crawford selbst ausblieb und die Angaben ihres Sachwalters und ihres Mannes nicht eindringlich erhärtete, so lag kein Grund vor, Sir Charles Dilke weiter in die Angelegenheit hineinzuziehen, weshalb dann die Freisprechung erfolgte. Dennoch bleibt der baldige Eintritt Dilkes in das Kabinett zweifelhaft, da die Aussagen des Klägers moralisch sehr belastend waren, wenn sie auch juristisch nicht durchdringen könnten.

Während London sich gestern vollständiger Ruhe erfreute, kam in Leicester und Birmingham am Ende der Unzufriedenheit in Strafanläufen und Gewaltthaten zum Durchbruch. Dort vermochte die Polizei nur mit Mühe der aufgezeigten Arbeiter Herr zu werden. Letztere griffen in Masse die Strumpfwirkerwarenfabriken an und zerstörten durch Steinwürfe deren sämtliche Glasscheiben. In Birmingham durchzog eine Bande mit Fahnen die Vorstädte, zog sich aber beim Anrücken der Polizisten zurück. Nächsten Montag soll dort eine Masserversammlung stattfinden, bei welcher Hyndman und Burns erscheinen werden. „Kommt zu Tausenden!“ heißt es auf den schon vertheilten Einladungszetteln, „weshalb sollt ihr inmitten des Überflusses verhungern!“ Hier in London wurden durch den Lord Mayor Sammlungen für die Stellenlosen eröffnet; sie haben bis jetzt 10,000 £ ergeben, zu welchen Rothschilds, die Bank von England und das Bankhaus Glyn, Mills, Cusins u. Co. je 1000 £ beisteuerten. Die Stellenlosen selbst kamen gestern schon im Mansion House vor, um die Unterstützungen entgegenzunehmen, aber sie wurden angewiesen, schriftlich mit Armutzeugnissen darum einzutreten. Es läßt sich leider nicht leugnen, daß obig 10,000 £ weder der abzustellenden Notth noch den Geldmitteln der reichen Stadt der Welt entsprechen. Bei früheren Anlässen herrschte eine weit größere Opferwilligkeit; offenbar hat der Montagskrawall die Herzen verhärtet.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 16. Februar. Bei der Besichtigung des Andenkens eines verstorbenen Beamten in Bezug auf seinen Beruf ist nach einem Urteil des Reichsgerichts, I. Strafgerichts, vom 26. November v. J., in seinem Fall der amiliche Vorgesetzte des Verstorbenen zur Stellung des Strafantrages berechtigt.

Kunst und Literatur.

Theater für heute. Stadttheater: Zweites Gastspiel der königl. preuß. Hofschauspielerin Fil. Johanna Schwartz vom königl. Schauspielhaus in Berlin. „Donna Diana.“ Lustspiel in 5 Akten.

Mittwoch: „Bellaf.“ Große Oper in 3 Akten.

Dante, Straßgesichtbuch für das deutsche Reich. Berlin bei H. W. Müller. Zweite Ausgabe.

Die Ausgabe bietet nicht nur das Straßgesichtbuch, sondern zu jedem Paragraphen auch die betreffenden Spezial-Entscheidungen bis zur Gegenwart. Das Buch ist deßhalb für Richter, Rechtsanwälte und alle, welche irgend mit den Gerichten zu thun haben, von großer Bedeutung. Wie können das Buch empfohlen. [39]

Man schreibt aus Prag unter dem 12. d. M.: Nachdem bereits alle Vorbereitungen zur ersten Aufführung von Saint-Saëns „Heinrich VIII.“ getroffen waren und der Komponist selbst die letzten Proben geleitet hatte, ist die Oper plötzlich vom Repertoire abgezogen worden.

Benedig, 7. Februar. Ein neuer Stern ist aufgetaucht am Virtuosenhimmel, der hier zu Lande so schon voller Geigen hängt. Die junge anmutige Dame, welche durch ihr sicheres, geistvolles Spiel und die große Auswahl der Stücke bei ihrem Auftreten hier rauschenden Beifall erntete, nennt sich Metaura Torricelli. Wie

wir hören, wird sie demnächst die Runde durch Österreich und Deutschland antreten, gewiß, dort eine ähnliche Aufnahme zu finden, wie sie ihrer Vorgängerin Teresina Tua zu Theil ward, der sie nach allgemeinem Urtheil mindestens gleichkommt.

Vermischte Nachrichten.

Danzig, 13. Februar. Die zusammengewachsenen Zwillinge, von denen dieser Tage eine Mutter im hiesigen Stadtlazareth entbunden wurde, welche aber etwa eine Stunde nach der Geburt verstarben, sind gestern Abend im Stadtlazareth durch die Aerzte im Interesse der Wissenschaft seziert worden. Es ergab sich, wie die "Danz. Zeit." berichtet, dabei Folgendes: Beide Kinder (bekanntlich Mädchen) hatten nur ein Herz, eine Leber und einen Magen, wogegen Lungen, Nieren und sonstige Organe bei jedem von beiden normal vorhanden waren.

Antwerpen, 12. Februar. Die jährliche Aushebung verursacht seit Montag hier großen Lärm. Pobbelhausen, Männer und Weiber, alt und jung, durchziehen die Stadt Arm in Arm in breiten Reihen, meist Lieder nach deutschen Weisen, sogar die Wacht am Rhein singend, und vielfach von Blechmusik begleitet, von Mittag bis tief in die Nacht. Auf der Place verteilt es am tollsten zu. Gestern Nacht ist ein jüngerer Bruder eines Ausgehobenen erstochen worden und der letztere sowie ein älterer Bruder wurden schwer verwundet.

Über Pasteur's Methode der Schutzimpfung gegen Hundswuth berichtet Herr Dr. Biggs, welcher von der Verwaltung des Bellevue Medical College in Newyork nach Paris geschickt wurde, um sich über das Pasteur'sche Verfahren zu orientiren, in der D. M. W. (Nr. 5) u. A.: Die Prinzipien, worauf Pasteur's Verfahren beruht, sind folgende: Die Inkubationszeit der vom Hunde auf andere Thiere und Menschen übertragenen Hundswuth ist sehr variabel, aber beim Menschen ist sie in der Regel sehr lang. Beim Durchgang der Hundswuth von Hunden durch eine Reihe Kaninchen vermindert sich diese Zeit bei den lebendigen Thieren bis auf etwa 7 Tage. Die Giftigkeit des Rückenmarks von diesen Kaninchen, die nach 7 Tagen verenden, kann man auf einen konstanten Grad herabsetzen, indem man es in absolut trockener Luft bei einer bestimmten Temperatur aufbewahrt. Menschen oder Thiere, bei denen man eine Reihe von Impfungen mit diesen verschiedenen Rückenmarken vornimmt, in dem man mit sehr schwachen Giften anfängt, dann auf stärkeres übergeht, und endlich die giftigste Form anwendet, werden auf diese Weise für das starke Gift unempfänglich. Die Inkubationszeit dieses Giftes ist von sehr kurzer Dauer, und die nötige Zeit, um Immunität hervorzurufen, ist viel kürzer als die Inkubationszeit der gewöhnlichen, durch den Biss des wuthkranken Hundes acquirirten Hundswuth. Wenn daher die Behandlung früh genug angefangen wird, ist es möglich, den Menschen oder das Thier refraktär gegen die Krankheit zu machen, ehe die gewöhnliche Inkubationszeit ihr Ende erreicht hat. Die Zeit, die beim Menschen zwischen dem Bisse und dem Anfang der Behandlung vergehen kann, beträgt wahrscheinlich in der Regel mindestens 20 Tage, und in manchen Fällen kann dieselbe erheblich länger sein. Nach Pasteur soll die Vertröpfung des Rückenmarks das darin enthaltene Gift nicht abschwächen, sondern eher eine Verminderung der Menge hervorrufen. Danach ist das bei den verschiedenen Impfungen benutzte Gift immer identisch, was seine Qualität betrifft, und ist nur in der benutzten Menge verschieden. Indem man mit nur kleinen Mengen anfängt und diese täglich erhöht, ist man im Stande, Menschen oder Thiere für sehr große Mengen unempfänglich zu machen. Wenn man sich über die Richtigkeit der Schlüsse Pasteur's entscheiden will, muß man in Betracht ziehen, daß seine Methode ausschließlich auf empirischer Basis beruht, und daher kann man nur nach den praktischen Resultaten urtheilen. Diese haben bis jetzt alle Behauptungen des Forschers bestätigt, und wenn fernere Beobachtungen dasselbe Resultat ergeben, hat sich Pasteur durch seine Entdeckungen die größten Verdienste um die leidende Menschheit erworben. Während der Anwesenheit des Dr. Bigge in Paris wurden täglich 20—25 Personen geimpft, und fast an jedem Tage kamen neue an, die behandelt zu werden wünschten.

(Variatio delectat) „Sagen Sie um Gotteswillen, Herr von Slavacek, dreißig Jahr sind 'S schon im Postdienst, wie haben 'S das ausg'schalt'n? Dieses ewige Einerlei — i glaub', da müßt' i verrückt werd'n!“ — „Ja, das ist nit so schlimm. Heut stempelt ma' Achttundzwanzig ab, morgen Neunundzwanzig, übermorgen Dreißigst — biss'l Abwechslung is immer noch dabei.“

(Gut Ding braucht Welle.) A.: „Frau S., Ihre liebe Freundin, hat aber mit dem Heirathen lange gewartet!“ — B.: „Ja, meine Liebe, dafür wird sie jetzt aber auch gleich die dritte Frau ihres Zukünftigen.“

Berantwortlicher Redakteur W. Sievers in Stettin

Telegraphische Depeschen.

Paris, 15. Februar. Bei den gestrigen Ersatzwahlen zur Deputirtenkammer für die vier Departements, deren Wahlen für ungültig erklärt waren, wurden in den Departements Ardeche und Landes Republikaner gewählt; im Departement Lozere scheinen, soweit ersichtlich, ein Konservativer und ein Republikaner gewählt zu sein. Das Resultat der Wahlen auf Corsica ist noch zweifelhaft.

Paris, 15. Februar. Nach weiteren hier eingegangenen Nachrichten wurden die republikanischen Deputirten im Departement Ardeche mit einer Majorität von 2000 Stimmen, im Departement Lozere mit einer Majorität von 1000 Stimmen und im Departement des Landes mit einer Majorität von 4000 Stimmen gewählt.

London, 15. Februar. „Daily News“ sprechen sich in einem Artikel dahin aus, Griechenland möge dem Rath seines besten Freundes, der jetzigen britischen Regierung, die gewiß auf seiner Seite stehe, folgen und einen Angriff auf die Türkei unterlassen, der im jüngsten Augenblide Griechenland weit mehr als der Türkei schaden würde.

Ein Telegramm der "Times" aus Washington vom 13. d. M. meldet, der Münzausschuss des Repräsentantenhauses habe sich nach dreitägiger Debatte über die Silberfrage vertagt, ohne zu einer Beschlusssfassung gekommen zu sein. Die Majorität des Ausschusses sei gegen die Einstellung der Silberausprägung, siehe vielmehr die unbegrenzte Ausprägung vor.

Petersburg, 15. Februar. Die Generalversammlung des gegenwärtigen Agrar-Kreditvereins hat den Antrag, die Regierung um Einziehung einer Liquidations-Kommission anzuheben, und die Leitung der Geschäfte bis zur arrangeren Überführung der verpfändeten Güter in die Adels-Agrarbank in der letzteren zu konzentrieren, abgelehnt, und eine auf einen Vorschlag des Grafen Lewaschow gestützte Resolution angenommen, nach welcher bei der Regierung dahin zu wirken sei, daß die Metallpfandbriefe der Gesellschaftstheile durch statuenmäßige Geldoperationen, theils durch Realisierung neuer Kreditpfandbriefe aufgekauft werden dürfen. Hierauf bezügliche Details sollen von dem Direktorium und von einer Kommission gemeinsam ausgearbeitet und der Generalversammlung vorgelegt werden.

Warschau, 15. Februar. Prinz Wilhelm von Preußen ist gestern auf dem Schlosse des Fürsten Radziwill, Nechwisch, im Gouvernement Minet, eingetroffen. Zu der Bärenjagd haben auch der russische Kammerherr Fürst Mathäus Radziwill und der russische General Strulow Einladungen erhalten.